

rot press

Verband Sozialistischer Studenten/innen Österreichs

Nach Hainburg-Konflikt: Plumpe Lügen der ÖVP- Aktionsgemeinschaft

Während die ÖVP-Aktionsgemeinschaft auf Grund ihrer verworrenen ÖH-Politik in den ÖH-Gremien eine Abstimmungsniederlage nach der anderen hinnehmen muß, publiziert sie eifrig absurde Lügen über eine angebliche Koalition von VSSStÖ und JES gegen die „arme“ AG. Weder hat VSSStÖ-Bundessekretär Heinzlmaier die Linie Landesrat Brezovszkys verteidigt, noch ist der VSSStÖ auf ÖGB-Kurs eingeschwenkt. Die sozialistischen Studenten waren stets auf der Seite der Aubesetzer, während die reaktionäre JES grundsätzlich für Hainburg Stellung bezogen hat. Die Hilfe für die Ausschützer wurde indes nie vom VSSStÖ in Frage gestellt.



Mit in der Au:
der VSSStÖ

AG-JES-Koalition aus taktischen Gründen beendet Neuaufgabe nach den Wahlen erwartet

Die Koalition der ÖVP-Studentengruppen Aktionsgemeinschaft und JES ist vorerst auseinandergegangen. Die koalitionsinternen Auseinandersetzungen um das Budget des Zentralausschusses der ÖH, dem gesamtösterreichischen Studentenparlament, sowie die von der JES kritisierte Anteilnahme der ÖH an der Aubesetzerbewegung wurden als offizielle Gründe angegeben. Aber der Termin des Zwistes läßt anderes vermuten: Angesichts der bevorstehenden Hochschülerschaftswahlen versuchte sich die Aktionsgemeinschaft von der JES zu lösen, um Teile ihres linksliberalen Wählerpublikums nicht zu verlieren. Die mehrjährige enge Zusammenarbeit mit der rechtskonservativ-monarchistischen JES hatte der Aktionsgemeinschaft nicht viel Ansehen gebracht.

Bereits einen Tag vor der Budgetdebatte im ZA hatte die JES bei einer Pressekonferenz die Ablehnung des Budgets angekündigt. Für ÖH-Vorsitzenden Herbert Rainer (Aktionsgemeinschaft) Grund genug, sich von den JESlern seiner Exekutive zu trennen. Die wiederum warfen Rainer vor, daß sie an der Ausübung ihrer Tätigkeiten weitgehend gehindert worden seien. Die VSSStÖ-Moderatorin Margarete Hell und

Verschleierung der jahrelangen politischen Auslieferung der Aktionsgemeinschaft an die JES beitragen sollte. Herbert Rainer, der die Suspendierung der JES-Referenten mit deren Untätigkeit und politischer Stellungnahmen begründet hatte, mußte sich die Frage gefallen lassen, warum er, wohl wissend, mit wem er es zu tun habe, die Referenten nicht schon früher entlassen habe. Außerdem solle er den Hauptverantwortlichen, gleichfalls

Mehrheit abgelehnt. Damit tritt die „Zwölfregelung“ in Kraft, die eine Fortschreibung des letzten Voranschlags bedeutet. Ein Mißtrauensantrag gegen Herbert Rainer und ZA-Generalsekretär Fritz Barnertb fand schließlich seine wohlverdiente Mehrheit, da sich die Verantwortlichen in der ZA-Exekutive nicht um eine Einbindung aller relevanten Studentengruppierungen in der Budgetfrage bemüht hatten (zum tatsächli-

Kampf um die Au gewonnen

Zu hoch wurde der politische Preis durch die Besetzung geschraubt, um den Bau eines Kraftwerkes bei Hainburg möglich erscheinen zu lassen. Höchste Zeit nun, um in den DOKW-Planungsstufen dem Denken in ausschließlich betriebswirtschaftlichen Kategorien ein Ende zu setzen; Zeit, ökologisch verträgliche Alternativprojekte vorzulegen.

Anlaß aber auch, um auf Basis einer kurzen Situationsbeurteilung erste Ausblicke auf Konsequenzen und politische Folgewirkungen der Aubesetzung zu wagen.

Seit der Anti-Zwentendorf-Kampagne besteht erstmals wieder eine breite Ökologiebewegung. Obzwar in ihrer Gesamtheit sicherlich kein Ausdruck fortschrittlichen Bewußtseins, ist sie trotz politischer Heterogenität stark genug, um unseriöse Vorwürfe auch als solche zu entlarven.

Die allerorts, wo berechtigter Unmut sich regt, vermutete Hilfeleistung des diabolischen Wüstensohnes aus dem fernen Libyen, Unterwanderungsgerüchte durch bundesdeutsche Terrorbrigaden sonder Zahl, die unverhohlen gerühlpste Aufforderung, das grüne Ränzlein zu packen und nach ??? zu geben, wenigstens aber dem Sozialpartnerparadies den Rücken zu kehren: Die Fülle dieser Anwürfe richtet sich von selbst. Den Vorwurf, ein Brett vor dem Kopf zu haben, entkräftet man nicht dadurch, daß man sich kein Blatt vor den Mund nimmt.

Als gesellschaftspolitisch wirksame und glaubwürdigere Kraft kann die Ökologiebewegung dauerhaft nur bestehen, wenn es gelingt, ein möglichst hohes Maß an politischer Breite zu sichern. Die vor allem von „Kurier“ und „Einheitszeitung“ unternommenen Versuche, sozialistische Teile der Bewegung auszugrenzen, zeigen zwar die Interessenlage der bürgerlichen Medien auf, gefährden aber den konstruktiven Diskurs zwischen den ökopolitischen Lagern.

Die Ökologiebewegung in ihrer gegenwärtigen Breite ist nicht ident mit dem Konrad-Lorenz-Volksbegehren. Trotz mehrfach begründeter inhaltlicher Ablehnung des Volksbegehrens sind wir zwar von der Bedeutung dieses Projekts in der Aubebewegung überzeugt, die theoretische Grundlage unserer Arbeit als Sozialisten in der Ökologiebewegung bleibt der Öko-Appell der sozialistischen Jugendorganisationen.

Gewarnt werden muß vor all denen, die Hainburg als Gründungsversammlung einer dritten (ihrer) Großpartei begreifen, oder in anderer Form politisches Kapital daraus schlagen wollen. Die Arbeitsfähigkeit der Ökologiebewegung wird sicherlich auch dadurch bestimmt, wie rasch und dauerhaft man sich opportunistischer Polit-Trittbrettfahrer und Wertwandelprofiteure entledigt. Form und Inhalt dieser Auseinandersetzung werden entscheidend sein für die Zukunft sozialistischer Politik.

Aus dem Inhalt:

● **Frauen:
Für das
Recht auf
Arbeit**

Seite 3

● **DOKW:
Druck auf
Studenten**

Seite 3

● **In der Au:
VSSStöler
berichten**



„Es ist zum Heulen“

Mittwoch, 19. 12. 1984: Um 5 Uhr früh bemüht sich ein Moderator des Ö-3-Wekers, sein morgendliches Ausgeschlafensein glaubwürdig zur Schau zu stellen. Draußen ist es dunkel und kalt. Ich krieche aus dem Bett, denke an die Au und schlüpfte in alle Pullover, die ich finde. Um 6 Uhr bin ich mit einigen meiner Freunde aus der VSSÖ-GrüWi-Gruppe verabredet. Beim Bus, der stündlich hinter der Uni abfährt.

Der Bus nimmt nicht die übliche Route über die Autobahn über Schwwechat, sondern fährt an der anderen Seite der Donau entlang. Das bedeutet also, daß die *Brücke gesperrt* ist. Kann ja heiter werden. Die Radionachrichten vermelden nichts Besonderes aus der Au.

Ankunft in *Stopenreuth*: Es wird gerodet. Ein freundlicher Mensch aus der Zentrale nimmt uns in Empfang und gibt uns gute Ratschläge: keine Gewalt, keine Beschimpfungen, keine Protokolle unterschreiben, den Anwalt der ÖH verständigen. Ich notiere die Telefonnummer auf meinem Handrücken. Man weiß ja nie... Wir versuchen, uns mit einer Gruppe in das Lager 6 durchzuschlagen. Es ist in der Nähe der Rodungsstelle.

Am Eingang zum Wald versuchen uns (etwa 30 Menschen) drei Gendarmen durch eine „Kette“ aufzuhalten: „Halt, Sperrgebiet“. Wir gehen vorbei. Nichts geschieht. In der Dunkelheit durchs Unterholz. Äste im Gesicht. Drei Stück Wildzäune überklettern. Ich kann nicht glauben, daß das alles wahr ist. In Österreich. 1984. Fünf Tage vor Weihnachten.

Im Lager freuen sich die 100 anwesenden Besetzer über die willkommene Verstärkung. Wir sollen im Lager bleiben, heißt es, um Widerstand bieten zu können, falls Bau-

fahrzeuge durchwollen. Wir, die VSSÖler, beschließen, trotzdem zum Rodungsgebiet zu gehen.

Wir hören Bäume fallen. Wir hören Menschen schreien. „Aufhören, aufhören!“ Vor uns eine Furt. Ein seichtes Altwasser, einige Meter breit. Auf der anderen Seite einige Polizisten und Gendarmeriebeamte. Die Polizisten mit dem Stahlhelm am Kopf und der Gummiwurst in der Hand. Die Gendarmen mit Plastikhelm und Knüppel — am Gürtel befestigt.

Es gibt nichts Schlimmeres als dieses Gefühl der Ohnmacht. Wir wissen, daß keine 200 Meter von uns Menschen geprügelt werden. Und wir wissen, daß wir absolut nichts tun können. Denn zwischen uns und den Menschen, die ihre Gesundheit riskieren, damit in diesem Land die Gesetze eingehalten werden, stehen ein paar Exekutivbeamte, denen genauso kalt ist wie uns, die zum Teil unserer Überzeugung sind und die unter anderen Umständen vielleicht gar nicht so unsympathisch wären. Wenn wir jetzt über die Furt gehen würden, würden sie uns schlagen... Scheiße. Wir gehen zurück zum La-

ger, unterhalten uns mit den Menschen, die schon seit Tagen dort sind. Die Leute sind unwahrscheinlich nett zueinander, es gibt keine Aggressivität, jeder hilft jedem. Ich wundere mich, fühle mich trotz aller äußeren Widernisse unwahrscheinlich wohl. Wir sitzen um ein Lagerfeuer, hören stündlich die Nachrichten, plaudern...

Um 12 Uhr ist Lagerbesprechung. Es wird beraten, ob wir weiterhin im Lager bleiben oder ob wir alle gemeinsam einen Vorstoß in Richtung Rodungsgebiet unternehmen sollen. Noch während der Beratungen beschließen wir, die VSSÖler, wieder nach Wien zu fahren, und verlassen die Versammlung. Später sollten wir erfahren, daß sich das Lager für den Aufbruch entschied, daß sie, obwohl sie nicht einmal versuchten, die Absperrungen zu durchbrechen, *geschlagen, gejagt* und mit dem *Wasserverwerfer* bespritzt wurden. Wir kamen aus dem Wald. Ein Polizist machte uns darauf aufmerksam, daß wir da nicht hineindürften. In den Wald.

Michael Eisenriegler



Heimisch in unseren Auwäldern: die Polizei

Gegenargumente haben sich durchgesetzt:

pro:

1. Wir brauchen das Kraftwerk, weil wir ohnehin schon Strom importieren und der Anteil des Stromverbrauchs am gesamten Energieverbrauch steigt.
2. Die Donau gräbt sich ein, dadurch sinkt der Grundwasserspiegel im Marchfeld. Durch einen Aufstau würde die Fließgeschwindigkeit verlangsamt und die Eintiefung gestoppt.
3. Die Stopfenreuther Au ist erst um 1870 entstanden und deshalb kein ursprünglicher Auwald.
4. Der Bau des Kraftwerks Hainburg sichert direkt und indirekt Tausende Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und in den Zulieferbetrieben.
5. Dank des Stromes aus Hainburg könnten alte kalorische Kraftwerke (sogenannte Dreckschleudern) stillgelegt werden.
6. Der Strom aus Wasserkraft ist umweltfreundlich, da bei der Produktion keine schädlichen Stoffe frei werden.
7. Wasserkraft ist die einzige erneuerbare Energiequelle, die wir besitzen.

contra:

1. Der Stromverbrauch ist keine gottgewollte Größe, er ist durch geeignete Maßnahmen beeinflussbar; dazu gehören Anreize zur Wärmedämmung, Abwärmenutzung in Betrieben, forcierte Forschung über Energienutzung...
2. Die Eintiefung der Donau ist nicht bewiesen, es gibt sogar Gutachten, die vom Gegenteil sprechen. Selbst wenn sich die Donau eintiefen würde, gäbe es andere Möglichkeiten, ein Absinken des Grundwasserspiegels zu verhindern.
3. Obwohl die Auen bei Hainburg erst um 1870, im Zuge der Donauregulierung, entstanden sind, so ist diese Gegend doch eines der letzten großen Feuchtbiootope Europas.
4. Die durch den Kraftwerksbau gesicherten Arbeitsplätze entstehen nur kurzfristig. Es ist idiotisch, den Todeskampf einer dahinsiechenden Bauwirtschaft durch zweifelhafte Projekte nur zu verlängern. Statt dessen sollte man neue Arbeitsplätze in zukunftsorientierten Bereichen schaffen, etwa im Umweltschutz.
5. Wenn Punkt 5 der Pro-Argumente stimmt, dann ist Punkt 1 derselben falsch; denn entweder brauchen wir mehr Strom, oder wir verändern nur die Quelle. Beides gemeinsam ist ein Propagandaschmäh.
6. Natürlich ist der Strom aus Wasserkraft der umweltfreundlichste. Die Frage ist nur, zu welchem Preis. Wollen wir die schönsten Gebiete unseres Landes unwiderruflich zubetonieren, oder wollen wir uns nicht langsam neue Wege überlegen?
7. Zu Punkt 7 der Pro-Argumente siehe oben.
8. Die Frage der Qualität des Wiener Trinkwassers erscheint derzeit bei einem Bau des Kraftwerkes ungeklärt. Wann die Wiener Kläranlage fertig ist, weiß niemand genau.
9. Auch die Zusammenhänge zwischen den Heilquellen von Bad Deutsch-Altenburg, dem Grundwasser der Region und der Donau sind völlig ungeklärt. Bis dahin muß, im Falle eines Kraftwerkbau, das Schlimmste für die Heilquellen befürchtet werden.



ÖKO-APPELL

Wir sind besorgt darüber, daß sich die Gegensätze zwischen Teilen der Arbeitnehmer, die ihre Arbeitsplätze durch ökologische Forderungen gefährdet sehen, und Umweltschützern dramatisch verschärfen. Nur unter den Bedingungen der derzeit herrschenden Wirtschaftsordnung geraten beide Anliegen — sichere und saubere Arbeitsplätze in genügender Anzahl und Sicherung einer gesunden Umwelt — immer wieder in Konflikt. Die Versöhnung beider ist Ziel sozialistischer Politik. Wir appellieren an die Sozialist/inn/en in der Bundesregierung, eine sozialistische Energie- und Umweltpolitik auf der Grundlage folgender Forderungen einzuleiten:

- Ausweitung der Kompetenzen des Umweltministeriums.
- Abbruch des Atomkraftwerks Zwentendorf.
- Erstellung eines Gesamtenergiekonzepts unter besonderer Berücksichtigung von Natur- und Umweltschutz, unabhängig von der Energiewirtschaft.
- Verbindliche und wirksame Umweltverträglichkeitsprüfungen, Beteiligung eines Umweltaunwaltes an allen umweltrelevanten Verfahren.
- Abbau von Privilegien in der Elektrizitätswirtschaft.
- Finanzierung der Umweltschutzmaßnahmen nach dem Verursacherprinzip.
- Kein Bau des Kraftwerks bei Hainburg
- Kein Bau der Kraftwerke Dorfertal/Osttirol und Reichraming/Hintergebirge.
- Errichtung der Nationalparks „Hohe Tauern“ und „Donau-March-Thaya“.

Impressum:

ROTPRESS AKTUELL:

Herausgeber, Medieninhaber, Redaktionssitz: Verband sozialistischer Studentinnen und Studenten Österreichs (VSSÖ), Sektion Wien, 1010 Wien, Schmerlingplatz 2. Verlags- und Erscheinungsort: Wien. Hersteller: Vorwärts Druck- und VerlagsgesmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97.

Offenlegung im Sinne des § 25 Mediengesetz: Die Zeitschrift ROTPRESS ist zu 100 Prozent im Eigentum des Verbandes sozialistischer Studentinnen und Studenten Österreichs, Sektion Wien. Vorstand des VSSÖ (derzeit): Christian Pöttler (Obmann), Heinz Lederer (Kassier), Marc Hall (Obmannstellvertreter), Martha Eckl (Sozialsprecher), Josef Kletzmayer (Hochschulsprecher), Bernhard Heinzlmaier (Sekretär). Grundlegende Richtung der Druckschrift: Information von Studierenden und Absolventen sowie Freunden des VSSÖ über hochschulspezifische und allgemeinspolitische Fragestellungen. Der VSSÖ begreift sich als linkssozialistische Hochschulorganisation.

ROTPRESS erscheint als Periodikum mit den Subausgaben ROTPRESS TU, ROTPRESS WU, ROTPRESS GEWI, ROTPRESS GRUWI, ROTPRESS MEDIZIN und ROTPRESS JUSO sowie als ROTPRESS MAGAZIN. Für alle diese Ausgaben gelten obige Angaben.

ÜBER DEN TAGESHORIZONT HINAUS...

Für das Recht auf Arbeit!

Zur Situation von Frauen in der Wirtschaftskrise

Für uns Sozialist/inn/en ist der entscheidende Schritt zur Emanzipation der Frau ihre gleichberechtigte Teilnahme in allen Bereichen des Arbeitslebens.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer wirtschaftlichen Krisensituation scheint der Trend jedoch vielmehr in die Gegenrichtung zu verlaufen. Den Frauen wird — mittels Schlagwörtern wie „Doppel-beziehungsweise Dazuverdiennerinnen“ — als ersten das Recht auf Arbeit abgesprochen.

Allein schon durch diskriminierende Bedingungen der Frauenarbeit (*Lohndiskriminierung, Doppelbelastung usw.*) und die steigende Frauenarbeitslosigkeit (insbesondere verursacht durch die Einführung neuer Technologien) werden die Frauen wieder vom Arbeitsplatz verdrängt und in die Abhängigkeit der Familie zurückverwiesen.

Aber gerade in Krisenzeiten sind die Frauen auch verstärkt mit einer konservativen Ideologiekonfrontation konfrontiert, welche ihnen aus biologischen, sozialen und anderen „Gründen“ das Recht auf Arbeit aberkennt und zur „Entlastung des Arbeitsmarktes“ wieder zurück zu Heim und Herd — das heißt, in den Status einer stillen Reserve — verweisen will.

Auch Studentinnen und Akademikerinnen sind betroffen!

Von dieser Entwicklung sind Studentinnen und Akademikerinnen nicht ausgenommen.

Obwohl es neben Militär und Kirche wohl keine Institution gibt, die noch so männlich dominiert ist wie die Wissenschaft (nur 2 Prozent der Professoren und 15 Prozent der Assistenten sind weiblich!), sind auch die Frauen an der Universität gerade jetzt, nach Jahren intensiver und in manchen Bereichen recht erfolgreicher Nachholarbeit (fast 50 Prozent der Studienanfänger sind weiblich!), mit diesem reaktionären Gegenwind konfrontiert.

Dagegen müssen wir uns wehren!

Für das Recht auf Arbeit — auch für Frauen!

Dies beinhaltet, daß die Erwerbstätigkeit der Frauen nicht vom Konjunkturverlauf abhängig gemacht werden kann. Das heißt, es sind alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Frauen erwerbstätig sein können, daß in Zukunft Männer und Frauen Erwerbstätigkeit als eine Selbstverständlichkeit betrachten und auch die Frauen ihren Lebensplan darauf aufbauen können. Alle damit verbundenen Forderungen können jedoch nicht losgelöst von den allgemeinen politischen Maßnahmen gesehen werden und sind nicht nur mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik, sondern gleichermaßen mit der Bildungs- und Sozialpolitik zu erreichen.

Erziehung und Ausbildung

Die Arbeitsbedingungen für Frauen hängen eng zusammen mit der Erziehung, Bildungs- und Ausbildungssituation von Mädchen.

Die Familie vermittelt den Anpassungsprozess an die Erfordernisse eines patriarchalisch-kapitalistischen Gesellschaftssystems, das heißt unter anderem auch die Konstruktion und Reproduktion von Geschlechterrollen.

Klischeevorstellungen, wie Mädchen sind für bestimmte Berufe zu „schwach“ beziehungsweise „nicht begabt“ oder „Mädchen heiraten sowieso“, führen dazu, daß sich der Großteil der Mädchen auf ganz wenige, der traditionellen Frauenrolle entsprechende Berufsmöglichkeiten (beziehungsweise Studienrichtungen) konzentriert. Charakteristisch für diese „weiblichen“ Berufe sind schlechtere Bezahlung, wenig Sozialprestige, geringe Aufstiegschancen und eine besondere Gefährdung durch Arbeitslosigkeit.

Wir fordern deshalb, um jedem Kind die gleichen Startchancen — unabhängig von Geschlecht und sozialer Herkunft — zu bieten:

- Einführung der *Gesamtschule*,
 - gleiche *Schulen und Lehrpläne* für Mädchen und Buben,
 - geschlechtsrollenüberwindende *Berufsberatung* sowie
 - Förderung von Mädchen in *nichttraditionellen Berufen* (auch im Rahmen der *Universitätsausbildung*).
- Wir treten weiters für demokratische Lehrinhalte und die
- Überwindung des *traditionellen Frauenbildes* in den *Lehrplänen* sowie für eine
 - *realitätsbezogene Darstellung* von *Frau und Mann* in den *Lehrbüchern* und anderen *Unterrichtsmedien* ein.

Frauen und Arbeitswelt

Um die Chancengleichheit von Frauen auch im Berufsleben zu gewährleisten, ist es unbedingt nötig, die *Vergesellschaftung des Reproduktionsbereiches*, das heißt forcierter Ausbau und Verbesserung von Kinderkrippen, Kindergärten, Errichtung von *Gemeinschaftseinrichtungen* usw., voranzutreiben.

Frauen sind am Arbeitsmarkt besonderen geschlechtsspezifischen Benachteiligungen ausgesetzt. Wir fordern unter anderem:

- geschlechtsneutrale *Stellenausschreibungen*,
- bevorzugte *Einstellung* von Frauen bei gleicher *Qualifikation*,
- gezielte *Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen* für *zukunftssträchtige Berufe*, speziell für Frauen,
- *wahlweiser Karenzurlaub* für Mann und Frau,
- *Ausstattung* der *Gleichbehandlungskommission* mit *Sanktionierungsrecht*. Die *Arbeitsmarktprobleme* dürfen nicht auf dem Rücken der Frauen ausgetragen werden, deshalb:
- *Verbot* von *Kapovaz* und anderen *AN-feindlichen Arbeitszeitformen* (*Job-Sharing, Heimarbeit*),
- *sofortige Einführung* der *35-Stunden-Woche* bei vollem *Lohnausgleich!*

Wahlzulassung von Neonazis ist verfassungswidrig!

Nach einem mehr als drei Jahre dauernden Verfahren hat der *Verfassungsgerichtshof* jetzt einer Beschwerde von *VSSÖ* und *KSV* Rechnung getragen und beschlossen, die *Verfassungsmäßigkeit* des *ÖH-Gesetzes* zur Prüfung!

Dazu muß man wissen, daß das *Ministerium* bei früheren *ÖH-Wahlen* unter Berufung auf dieses *ÖH-Gesetz* die *Zulassung* neonazistischer Gruppen gegen den Willen demokratischer Studenten und Studentinnen durchgesetzt hat. *KSV* und *VSSÖ* haben sich damit nicht abgefunden und sich an den *Verfassungsgerichtshof* gewendet. In seinem Erkenntnis schließt sich der *Verfassungsgerichtshof* der *Argumentation* von *KSV* und *VSSÖ* an. Es heißt dort: „Die *Verfassung* scheint zu verlangen, daß eine *Beteiligung* von gemäß *Artikel 9* *Staatsvertrag* und *§ 3* *Wiederbetätigungsverbotsgesetz* nicht zulässigen (in welcher Form auch immer gebildeten) *Organisationen* an öffentlichen *Wahlen* als *Wahlparteien* ebenso *untersagt* werden muß, wie die *Kandidatur* einzelner *Personen*, die *nazistisches Gedankengut* zu verbreiten beabsichtigen; denn auch das *scheinen* Erscheinungsformen *verbotener* *nazistischer beziehungsweise antidemokratischer Tätigkeit* zu sein.“ Und an anderer Stelle im Erkenntnis: „Wenn es die *Regelung*

des *Hochschülerchaftswahlrechts* nicht zuläßt, die *eingereichten Wahlvorschläge* in der *genannten Hinsicht* (also in der *Frage* der *Übereinstimmung* mit *Staatsvertrag* und *NS-Gesetz*) zu prüfen, die *Bundesverfassung* aber den *Inhalt* hat, den der *Verfassungsgerichtshof* ihr vorläufig *unterstellt*, so *scheint* dies *verfassungswidrig* zu sein.“

Wenn der *Verfassungsgerichtshof* in dem nun folgenden *Gesetzesprüfungsverfahren* bei seiner jetzt geäußerten *Absicht* bleibt, dann wird es nach *40 Jahren* *Zweiter Republik* endlich so weit sein, daß eine *Neonazi-Kandidatur* nicht mehr *zugelassen* werden darf.

Damit geht der *Beschluß* des *Verfassungsgerichtshofs* weit über den *ursprünglichen Fall* der *Hochschülerchaftswahlen* hinaus: Denn wenn sich die *Zulassung* von *Neonazi-Gruppen* bei den *ÖH-Wahlen* endgültig als *verfassungswidrig* herausstellt, dann ist sie *das erst recht* auch bei *Nationalrats-, Landtags- oder Gemeinderatswahlen* und allen anderen *Wahlen* für *öffentlich-rechtliche Institutionen*, deren *Wahlordnungen* ebenfalls im *Sinne* des *antifaschistischen Auftrags* des *Staatsvertrags* geändert werden müßten.

Dieses *Urteil* des *Verfassungsgerichtshofs* zeigt *erneut*, daß die *Losung* der *antifaschistischen Kräfte* richtig ist: *Aufklären und verbieten!*

VSSÖ-Telefon:
43 71 11

Nachrichten von den Wiener Unis

DOKW-Druck auf TU-Studenten

Die beiden Studenten Bernhard H. und Willi Sch. mußten am 8. Jänner zur Kenntnis nehmen, daß soziale Bedürftigkeit allein nicht mehr ausreicht, um einen von der DOKW vergebenen Mensafreiplatz auch weiterhin zu behalten. Ihre ablehnende Haltung zum Kraftwerk Hainburg stempelte sie zu „unerwünschten Personen“ in der DOKW-Kantine.

Die Front der Auseinandersetzungen um Hainburg verläuft neuerdings auch quer durch den Speisesaal im DOKW-Verwaltungsgebäude am Wiener Stubenring, wo neben den Betriebsangehörigen je zehn TU- und WU-Studenten verköstigt werden. Zum Nulltarif, weil von den ÖH-Sozialreferenten als sozial bedürftig ausgewiesen.

In den Jahren „vor Hainburg“ war das allmonatliche Verteilen der Essenmarken reine Routineangelegenheit — diesmal muß jeder der Studenten vorerst ins Büro des Hauptabteilungsleiters Walter Leitner. Vermutlich, um sich von ihm auf *Loyalität* zum umstrittenen Kraftwerksprojekt abklopfen zu lassen.

Erst eine Entscheidung des DOKW-Vorstandes wird dann endgültig klären, ob in der Mensa überhaupt noch Platz ist für die Studenten. „Wir werden bestimmen eine österreichische Lösung finden“, erklärt dazu der ebenfalls zuständige Abteilungsleiter Ing. Schlick.

Denkbar wenig „österreichisch“ hat sich das Problem für zwei Studenten bereits jetzt gelöst: Als Bernhard H. nach den Weihnachtsferien wie gewohnt zum Mittagessen kam, wurde er kurzerhand von einem Betriebsangehörigen vor die Tür gesetzt — nicht ohne vorher kategorisch auf die Art seines Vergehens hingewiesen zu werden. Er war gegen Hainburg aufgetreten — und das unter dem wachsamem Auge eines DOKW-Mannes.

WU-Studenten Willi Sch. ein ähnliches Schicksal ereilt: mit der rhetorischen Frage „Schämen Sie sich nicht, gegen Hainburg sein und zu uns essen kommen?“ konfrontiert, mußte er ohne Gelegenheit zur Antwort den Rückzug antreten — die Anwesenden kommentierten mit heftigem Applaus.

Der Rat von Hauptabteilungsleiter Leitner: „Im eigenen Interesse sollten diese beiden nicht mehr zu uns kommen“ wird den Hunger der Studenten wohl ebensowenig stillen wie die Beteuerung von Ing. Schlick, er könne auch nicht die ganze Zeit im Speisesaal aufpassen und seine Leute im Zaum halten. Dabei hatten die zwei Hainburg-Gegner lediglich frei ihre Meinung geäußert, nicht etwa in den Räumlichkeiten der DOKW (um womöglich die Belegschaft zu provozieren), sondern irgendwo, weitab von der „Höhle des Löwen“.

Schnell reagiert hat jedenfalls Bernhard Proxau, sozialistischer Studentenvertreter und Sozialreferent an der TU Wien: Der betroffene Kollege speist bereits wieder gratis — diesmal in der HTU-Mensa. „Wir können einfach nicht stillschweigend hinnehmen, daß die DOKW neben der sozialen Bedürftigkeit auch noch eine ihr genehme politische Einstellung zum Maßstab für einen Mensafreiplatz macht“ steckt der Sozialreferent die weitere Vorgangsweise ab.

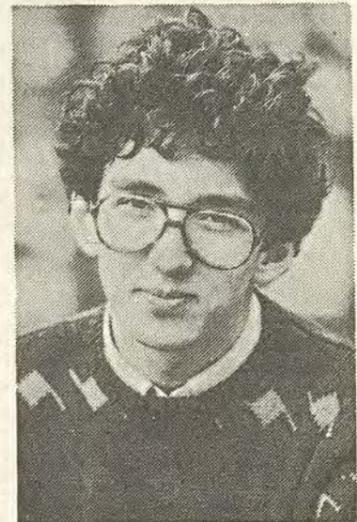
Ungeklärt ist derzeit noch, ob der zweite für die DOKW unermöglichte Student

Der GRUWI-Kommentar

Mit einer Gruppe präsentiert sich der VSSÖ jetzt an der GRUWI-Fak: Über 25 Studentinnen und Studenten, die meisten von ihnen im zweiten bis vierten Semester, bereiten sich auf ihre Aufgaben als *Studentenvertreter(innen)* vor. Nur *Wiki* (*Ludwig Schedl*) und *ich* (*Gerhard Lukawetz*) wollen als „*Alle*“ noch einmal kandidieren und damit eine gewisse *Kontinuität* in der *Arbeit* wahren. An der *GRUWI* herrscht die *glückliche Situation* einer *linken Mehrheit*. Die *LIAB* ist mit *fünf Mandaten* hier die *stimmstärkste Fraktion* und bildet mit dem *VSSÖ*, wir stellen die *zweitstärkste Gruppe* (*drei Mandate*), eine *Koalition*. Unser *Hauptziel* muß es sein, *aller neokonservativen Strömungen*, die sich in *ganz Europa* zeigen — *Österreich* ist davon *nicht verschont* geblieben — zum *Trotz* die *linke Mehrheit* an der *Fakultät* zu halten und *auszubauen*. An der *Uni* haben wir *obnedies* unter dem *Kuratel* des *AG- und JES-dominierten Haupt- und Zentralausschusses* zu leiden. Durch das *Vorenthalten* von *Geldmitteln* versuchen die *rechten Fraktionen* fortschrittliche *Aktivitäten* der *gewählten linken Studentenvertretungen* zu *sabotieren*. Am *bekanntesten* wurde der *Fall*, als der *Finanzreferent* des *Hauptausschusses*, *Georg Röhner* (*JES*), *Gelder*, die für *Frauenaktivitäten* bestimmt waren, unter *Mißachtung* der *gesetzlichen Bestimmungen* nicht *ausbezahlte*.

Aber wieder zurück auf die *GRUWI*. Unsere *Fakultät* wird von *jeder kurz gehalten*, was *Räume* für *Hör- und Übungsäle*

schultragend ist dafür der *Akademische Senat* der *Uni Wien*. Die *CV-Lobby* auf *Dekansposten* bis hinunter zu den *Cartellbrüdern* bei den *bürgerlichen Studentenvertretern* (*AG und JES*) lenken den *Geldfluß* über die von ihnen *dominierten Fakultäten* (vor allem *Medizin* und *juridi-*



sche) und lassen ihn in *Form* von *Honoraren* und *Aufwandsentschädigungen* in ihre *eigenen Taschen* versickern. Genau wie im *Senat* gibt es auch an der *GRUWI* ein paar „*Starke*“, die es *verstehen*, *Geld*, *Räume* und *Dienstposten* an sich zu rei-

Uni-Gremien — in denen *Professoren* die *Entscheidungen* zu *treffen* versuchen, die *dann gemeinsam* mit den *Studenten* und *Assistenten* *abgesegnet* werden sollen — die *Interessen* der *Studierenden* immer *offensiv* vertreten, wir haben uns nie hinter dem *Argument* verschauzt, daß man mit einem *Viertel* der *Stimmen* eben *nichts* beeinflussen könne. *Ungeachtet* der *alten VSSÖ-Forderung* nach *Drittelparität* ist es uns *dennoch* gelungen, durch die *Gremien*, in denen *VSSÖ-ler(innen)* sitzen,

— *mehr linke, studentenfreundlichere Lehrbeauftragte* einzusetzen,

— *überhaupt mehr Dienstposten* mit *Linken* zu besetzen,

— *fortschrittliche Lehrveranstaltungen*, vor allem *Friedens- und Frauenthemata*, zu fördern,

— *mehr Platz* für *benachteiligte, kleine Institute* zu schaffen (zum Beispiel *PPP-Räume* werden auf *Initiative* des *VSSÖ* endlich *verwirklicht*).

Der *VSSÖ* an der *GRUWI* will sich als die *effektivere linke Studentenvertretung* profilieren. An der *Publizistik* werken wir schon seit *drei Jahren* recht *erfolgreich*. An der *Politikwissenschaft* und bei den *Psychologen* beginnen jetzt die *Aktivitäten* unserer *Jungen*. Die *Interessen* der *Studenten* an der *Uni* sowie die *Interessen* der *werktätigen Bevölkerung* insgesamt zu vertreten und an der *Gestaltung* einer *geraderen* *Gesellschaftsordnung* mitzuwirken, ist unser *Ziel*.

ZENTRALAUSSCHUSS-SPEZIAL

Nach jahrelanger falscher ÖH-Politik: VP-Aktionsgemeinschaft probiert Grünvariante

Die Debatte um die Unterstützung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens durch die Österreichische Hochschülerschaft führte schließlich zu einer schweren politischen Niederlage der ÖVP-Studentengruppe Aktionsgemeinschaft.

Aktionsgemeinschaft hochschulpolitisch konzeptlos

Die Aktionsgemeinschaft und ihre Vorläufer, die seit Bestehen der Studentenvertretungsgremien deren zentrale Funktionen besetzt halten, hatten zuletzt mit erheblichen Erosionsbewegungen an ihrem linken und rechten Rand zu kämpfen, da die Schaukelpolitik wechselnder sachbezogener Koalitionen bei gleichzeitiger Exekutierung der ÖVP-Linie für viele ihrer Wähler/innen nicht mehr nachvollziehbar war. In den wesentlichen hochschulpolitischen und sozialen Fragestellungen der jüngsten Vergangenheit war die AG-dominierte Hochschülerschaft in Versäumnisse geraten. Sehr bald bediente sich die Aktionsgemeinschaft daher eines politischen Trends, der ihr zugute kam: Die kontrovers geführte öffentliche Diskussion um den Bau des Kraftwerkes Hainburg und eine frühzeitige Teilhabe am konservativ dominierten und ausgerichteten Konrad-

ren Ökologiebewegung gleichzusetzen; das mußte zwangsläufig zur politischen Ausgrenzung all jener relevanten Gruppen führen, die einen tiefergehenden Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie, Profitwirtschaft und Umweltzerstörung postulieren. Oder tagespoli-

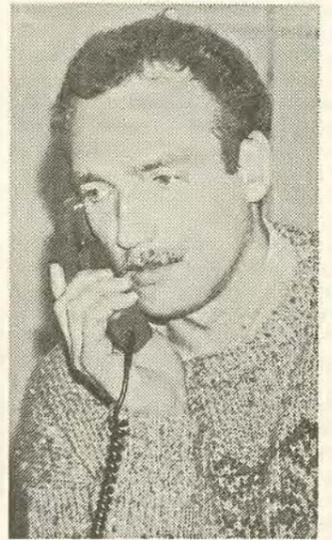


Der VSSStÖ war immer auf der Seite der Ausschützer

Lorenz-Volksbegehrens verschafften der Aktionsgemeinschaft eine billige Ausflucht aus ihrem studententpolitischen Debakel. Dabei wurde jene Strategie ergriffen, das Volksbegehren mit der gesamten, in ihrer Vielfalt schwer durchdringba-

tisch formuliert: Die konservative Stoßrichtung des Volksbegehrens konnte von der Aktionsgemeinschaft zur öffentlichen Herabsetzung des seit vielen Jahren konsequent „rot-grünen“ VSSStÖ instrumentalisiert werden.

Neuer Bundesobmann der Sozialistischen Studenten ist der 25jährige Marc Hall aus Schwchat, der an der TU Wien studiert. Hall fungierte zuvor als stellvertretender Vorsitzender der Hochschülerschaft an der TU und bekleidete verschiedene Funktionen innerhalb des VSSStÖ Wien. Seit 16. Dezember ist er als Bundesobmann Nachfolger des aus seiner langjährigen politischen Tätigkeit in den Studentenvertretungen ausscheidenden Alexander Wrabetz. Neuer Bundessekretär ist der frühere Wiener Sekretär Bernhard Heinzlmaier. Das Halten der Position des VSSStÖ bei den im Mai stattfindenden ÖH-Wahlen sowie die Ausweitung und Vertiefung der Beziehungen zwischen den Sektionen des sehr föderalistisch gestalteten VSSStÖ sind



zwei wesentliche Aufgabenstellungen für den neugewählten Bundesvorstand.

Volksbegehren und Aubesetzer nicht gleichsetzen!

Die Sozialistischen Studentinnen und Studenten sind seit Beginn der Besetzungsaktion auf der Seite derer gestanden, die den demokratischen Rahmen zur Erhaltung einer wertvollen Aulandschaft ausgeschöpft haben. Wesentlich war für den VSSStÖ, daß das Volksbegehren erheblichen Anteil an der Organisation des Widerstandes trug, aber letztlich nur ein Teil einer breiten, nicht immer ganz durchsichtigen Bewegung war. Während *Nenning*, *Busek* und das Volksbegehren nun-

Ökologiebewegung. Deshalb war der VSSStÖ gegen das Volksbegehren. Als die Mandatarinnen und Mandatare des VSSStÖ Ende Dezember gegen die Finanzierung und Unterstützung des Volksbegehrens durch die ÖH votierten, so geschah dies mit den oben angeführten Gründen. Da aber gleichzeitig eine *Beschlußfassung zur Solidarität mit den Besetzern herbeigeführt worden war*, konnte die politische Unterstützung der Aubesetzer durch die ÖH fortgeführt werden. Damit erweist sich die Polemik der Aktionsgemeinschaft, wie sie auch ihre Darstellung in den Medien, zum Beispiel im „Kurier“, fand, VSSStÖ und JES hätten die studentischen Initiativen zur Erhaltung der Au abge-

Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren am Röntgentisch

Wenn der Nebel sich hebt...

„Sie werden hier nichts sehen, was Sie nicht schon gesehen haben.“
(Peter Handke, Publikumsbeschimpfung)

Der Höhepunkt des Ereignisses Hainburg ist vorüber. Ein schaler Nachhall bleibt im Halbdunkel des neuanbrechenden Morgens, dem Anbruch einer neuen Ära. Wir haben sie miterlebt: Wenn es eine Geburtsstunde einer grünen Partei in Österreich gibt, dann war es jene turbulente, von Schlagstöcken in der Stopfenreuther Au eingeleitete; all das andere, das waren nur die Vorwehen. Jetzt muß es heißen: nur keine übertriebenen Hoffnungen, denn unsere mittlerweile parlamentsreifen Lodengrüner werden die grundlegenden Widersprüche unserer Gesellschaft sicher nicht lösen können.

Wir haben sie schon zuvor gesehen, diese Szenen, gesehen im TV aus *Frankfurt*, *Berlin* und aus der *Schweiz*. Und auch die Gesichter derer von der Au kommen uns bekannt vor: Sind nicht viele von ihnen in den alten Zeiten, als man das Falsche noch leichtens vom Richtigen scheiden konnte, auch gegen das *AKW Zwentendorf* auf die Straße gegangen, waren sie nicht auch im Rasen des *Burggartens* gesessen?

Das ist aber nur eine Seite der Anti-Hainburg-Bewegung, die, nicht zufällig, sondern mit erkennbarer Absicht, von bestimmter Seite stets mit dem *Konrad-Lorenz-Volksbegehren* gleichgesetzt wird. Dieses ist ein Sammelbecken von echten Öko-Idealisten und Grün-Mystikern, Lodenmäntlern und Polit-Glücksrittern und bringt unter dem Deckmantel gemeinsamer Zielsetzungen die sonderbarsten und widersprüchlichsten Stoßrichtungen hervor. Viele der Proponenten des Volksbegehrens kennen wir: beispielsweise von der reaktionären Aktion *„Geborene für Ungeborene“*.

Man soll es sich bei der Einschätzung der Hainburg-Gegner nicht zu einfach machen, nicht so einfach wie die ÖVP-Studentengruppe *„Aktionsgemeinschaft“*, die das Volksbegehren mit der gesamten österreichischen Ökologiebewegung gleichsetzt — und dies aus allzu durchsichtigen, wahltaktischen Gründen. Die vorgegebene Zielsetzung, das umstrittene, unserer Meinung nach fragwürdige Projekt zu verhindern, muß uns im Dienst der Sache auch dazu führen, wer neben all den Idealisten auf der Seite des Volksbegehrens steht und warum:

Hans Dichand, Eigentümer der Hälfte der *„Kronen-Zeitung“*, dem es nicht zuletzt um eine Machtprobe mit den demokratisch gewählten Instanzen geht. Sein Engagement für die Au rechnet sich, übrigens auch bei jener Bevölkerungsschicht, die sich noch im November mit der Bezeichnung *„Sozialparasiten“* titulierte sehen durfte, nämlich bei den *Studierenden*, die nunmehr zu Helden avanciert sind. Dichand aber will zeigen, was Macht ist, wer tatsächlich in Österreich „Politik machen“ kann, wie man in denkbaren anderen Fällen auch Regierungen stürzen könnte, und das immer aus einer Position heraus, die sich demokratischen Kontrollmechanismen entzieht. Daher kann der „Krone“ kein wie immer gearteter Ausgang der Causa Hainburg Schaden zufügen.

— Da profiliert sich der neue grüne Superstar *Günter Nenning* als Öko-Hirsch „made in Troja“. (Hierin finden wir übrigens auch den Unterschied zur fortschrittlicher orientierten Friedensbewegung: Die brauchte keine Leitfiguren.) Keine Polit-Welle ohne Wellenreiter *Nenning*. So findet sich *Nennings* Name nicht nur bei den Hainburg-, den AKW- und den Bundesheergegnern, sondern auch bei denen, die *Bert Brecht* und den *straffreien Schwangerschaftsabbruch* in Österreich verächtlich machen wollten. Manche nennen soviel Geschick, immer auf der Seite der „neuesten“ Bewegung zu stehen, *politisches Gespür*. Andere heißen das *Opportunismus*. Und wenn man den Ausführungen seines ehemaligen Mitarbeiters *Oberschlick* und dem *„Wiener“*-Redakteur *Hopp* Glauben schenken darf, dann klingelte bei *Nenning* nicht nur das Telefon, sondern auch die Kasse.

weniger kluge Prominente an: Zum Beispiel einen internationalen anerkannten *Malers*, der mitunter auch gegen die Entartung der der Kunst wetert und nicht gerade friedensreich Staatspreise zerletzt.

— Da finden wir aber auch, no na, *Erhard Busek*, der in seiner Partei mittlerweile die Freiheit des Narren genießt.

Man muß sich ernsthaft Mühe geben, nichts zu verwechseln: die Ökologiebewegung, in ihrer Differenziertheit kaum überblickbar, ist mehr als das oben Beschriebene. Schon die Au-Besetzer und die Volksbegehrensanhänger waren nicht identisch, auch wenn dieser Eindruck vermittelt wurde. Das Volksbegehren ist ein Teil, nicht das Ganze. Die letzten Tage des Jahres 1984 haben nicht nur dazu geführt, neuerliche Standortbestimmungen vorzunehmen, sie haben uns auch das Fürchten gelehrt. Greifen wir doch, in einem halben Jahr oder mehr, zu den Tageszeitungen dieses Zeitraumes. (Ich wette, daß auch ihr mehrere Exemplare aufbewahrt habt.) Das Stichwort heißt *Frontberichterstattung*, die, aus jeder Verhältnismäßigkeit gerissen, nur andeutete, was in anderen Fällen möglich wäre.

Und konsequent, wie die *Odyssee* der *Ilias* folgte, wird nach dem vorläufigen Erfolg der Kraftwerksgegner der Streit um dessen Urheberschaft *anbrechen*. Zuviel Kapital wurde da ins Spiel gebracht, zu hoch gepokert, als daß man sich diese Frage nicht mehr stellen müßte. *Freda* for President? *Nenning* ins Parlament? *Grün-Erhard* als Bürgerschreck? *Herbert Rainer* als Altersvorsitzender der ÖH? Das allein ist nicht die Grünbewegung. There's more of it.



mehr den politischen Rahm abschöpfen, haben andere Segmente der Bewegung weniger hoffnungsvolle Perspektiven. Und es wäre, angesichts immer offenkundiger werdender Machenschaften rund um das Volksbegehren — hier sei nur der Verweis auf die Rolle der Geld-*Dichand-Nenning* angeführt —, für die Ökologiebewegung von großem, langfristigem Schaden, wenn Volksbegehren und Umweltschutzbewegung gleichgesetzt würden. Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren postuliert konservative Inhalte, die sich auch durch das „Hineingehen“ vieler fortschrittlicher Gruppen nicht wegwischen lassen; auch wenn nicht programmatisch ausgewiesen, vertieften die politischen Stellungnahmen zahlreicher Proponenten des Volksbegehrens die Kluft zwischen Arbeiter- und



würgt, als haltlos. Als Organisation, die den Kraftwerksbau befürwortet, hat die JES *deutlich andere Beweggründe* für ihr Abstimmungsverhalten.

Überdies wurde durch diese Abstimmung ein ohnehin bestehendes Kräfteverhältnis wiederhergestellt. Die Unterstützung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens war der Aktionsgemeinschaft eine ZA-Sitzung zuvor nur deshalb geglückt, weil zahlreiche VSSStÖ-Mandatare zu gerade diesem Zeitpunkt mit *Minister Fischer* wegen der *Stipendienpolitik* verhandelten.

TERMINE

- Instituts- und Fakultätsgruppentermine
- GRUWI-Publizistik: Dienstag, 16 Uhr, VSSStÖ-Lokal
- GEWI: Donnerstag, 19 Uhr, VSSStÖ-Lokal
- JUS: Donnerstag, 18 Uhr, VSSStÖ-Lokal
- MEDIZIN: Donnerstag, 18 Uhr, VSSStÖ-Lokal
- WU/Wirtschaftsarbeitskreis: Montag, 15 Uhr, Studentenhaus WU, 1. Stock
- TU: Mittwoch, 17 Uhr, VSSStÖ-Lokal
- Schulung:
Beginn des neuen Zyklus „Einführung in die Theorie und Praxis des Sozialismus“
Jeden Montag, 19 Uhr, VSSStÖ-Lokal
- Podiumsveranstaltung:
Christa Bürger: Schiller als Erzähler
Peter Bürger: Adorno, Bourdieu und die Literatursoziologie